



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR
ABTEILUNGSLEITER STRASSENVERKEHR, STRASSENINFRASTRUKTUR

Ministerium für Verkehr • Postfach 10 34 52 • 70029 Stuttgart


Per E-Mail

Regierungspräsidien
Abteilungen 4
Stuttgart
Karlsruhe
Freiburg
Tübingen

Stuttgart 22.11.2023
Name Elena Stalder
Telefon +49 711 89686-2708
E-Mail Elena.Stalder@vm.bwl.de
Geschäftszeichen VM2-3946-26/5/3
(Bitte bei Antwort angeben)

Nachrichtlich per E-Mail:

Landkreistag Baden-Württemberg
Städtetag Baden-Württemberg
Gemeindetag Baden-Württemberg
Rechnungshof Baden-Württemberg
Prüfungsamt des Bundes Stuttgart
Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg
Bauwirtschaft Baden-Württemberg
Ingenieurkammer Baden-Württemberg

 **Inkrafttreten der eForms-Verordnung und Streichung von § 3 Absatz 7 Satz 2 VgV und der entsprechenden bisherigen Regelungen zur Auftragswertberechnung bei (gleichartigen) Planungsleistungen
- Auswirkungen der Streichung von § 3 Absatz 7 Satz 2 VgV auf den Bereich Bundes- und Landesstraßen**

Anlagen:

RS des BMDV vom 31.10.2023, Az. StB 14/7135.3/011/3837182

Allgemeines

- (1) Aus aktuellem Anlass informiert das Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg (VM) die Regierungspräsidien zum Thema **Auswirkungen der Streichung von § 3 Abs. 7 Satz 2 der Vergabeverordnung (VgV) auf den Bereich Bundes- und Landesstraßen.**
- (2) Das BMDV hat die Streichung von § 3 Abs. 7 Satz 2 der VgV, sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf die Vergabe und die Schwellenwertberechnung von Planungsleistungen zum Anlass genommen, eine Handlungsempfehlung

Informationen zum Schutz personenbezogener Daten nach der DSGVO finden sich auf der Internetseite des Ministeriums für Verkehr unter „Service“ / „Datenschutz“. Auf Wunsch werden diese Informationen in Papierform versandt.

bzw. einen Anhaltspunkt für die bestehenden Regelungen, u. a. des HVA F–StB zu erlassen.

- (3) Darüber hinaus hat das BMDV weiterführende Handlungsalternativen aufgezeigt und Anpassungsbedarf des HVA F-StB (Stand 03/2022) erkannt.
- (4) Die Vergabestelle soll frühzeitig hinsichtlich der Auftragswertberechnung eine Übersicht über alle für das jeweilige Projekt erforderlichen Planungsleistungen erhalten, um eine Vergabestrategie zu entwickeln.
- (5) Dabei ist für die Gesamtauftragswertberechnung des jeweiligen Projektes - unabhängig von einer etwaigen Losbildung - zunächst zu bestimmen, inwieweit ein einheitlicher Auftrag in jedem Einzelfall vorliegt. Hierbei ist eine in der Rechtsprechung entwickelte „funktionale Betrachtung“ heranzuziehen. Ein einheitlicher Gesamtauftrag liegt demnach vor, sofern dessen Teilleistungen in wirtschaftlicher und technischer Hinsicht eine innere Kohärenz und eine funktionelle Kontinuität aufweisen. Die zeitlichen und räumlichen Zusammenhänge (u. a. in Bezug auf die verkehrswirksamen Abschnitte) müssen dabei berücksichtigt werden. Von einer funktionalen, wirtschaftlichen und technischen Einheit dieser für das jeweilige Projekt erforderlichen Planungsleistungen geht man somit aus, wenn diese lückenlos aufeinander abgestimmt sind und optimiert werden müssen.
- (6) Liegt ein einheitlicher Gesamtauftrag vor und übersteigt der kumulierte Gesamtwert der (Teil-) Planungsleistungen den EU- Schwellenwert, gelten die Regelungen der VgV für die Vergabe jedes Loses.
- (7) Um den daraus resultierenden Mehraufwand an Zeit, Personal und Kosten sowohl für die Vergabestelle als auch für mittelständische und kleinere Planungsbüros zu minimieren bzw. zu vermeiden, muss die Anwendbarkeit des 20% -Kontingents gemäß § 3 Abs. 9 VgV geprüft werden. Damit können kleinere Aufträge weiterhin im Unterschwellenbereich vergeben werden, wobei zu beachten ist, dass der Einzelauftrag 80.000 Euro netto nicht überschreiten darf.
- (8) Ein weiteres Instrument der Vergabestrategie, um die Teilnahme insbesondere kleiner und mittlerer Planungsbüros an Vergabeverfahren der Planungsleitungen zu erleichtern, stellt die Vergabe im Rahmen eines offenen Verfahrens gemäß §15 VgV dar. Bei weniger komplexen Planungen, die keine Anpassung oder konzeptionelle Arbeiten erfordern und somit keine Verhandlungen notwendig machen, bieten sich diese einstufigen Verfahren ohne Teilnahmewettbewerb an.
- (9) Die Ergebnisse der Vergabestrategie der Vergabestelle sind für das jeweilige Projekt in jedem Einzelfall in den Vergabeakten detailliert zu dokumentieren. Die

Dokumentation umfasst insbesondere eine Übersicht über alle für das jeweilige Projekt erforderlichen Planungsleistungen, die sinnvolle Aufteilung der Vergaben bzw. Aufträge in Lose und 20% -Kontingente sowie die begründete Abweichung vom Regelverfahren. Dies gilt umso mehr, je näher der Wert am jeweiligen Schwellenwert liegt, um möglichen Rügen begegnen zu können.

- (10) Um die Europarechtskonformität der zukünftigen Vergaben nicht zu gefährden, sind die vorgenannten Regelungen auch bei den laufenden Projekten zu berücksichtigen. Der leitende Gedanke lautet, dass stets die rechtlichen Bestimmungen einschlägig sind, die bei Beginn des Vergabeverfahrens galten. Nach der mittlerweile gefestigten Vergaberechtsprechung beginnt das Vergabeverfahren dann, wenn die folgenden beiden Voraussetzungen kumulativ vorliegen:
- Die Vergabestelle entscheidet, einen gegenwärtigen oder künftigen Bedarf durch eine Beschaffung von Planungsleistungen (und nicht durch Eigenleistung) zu decken (interner Beschaffungsbeschluss),
 - und ergreift nach außen hin (über interne Überlegungen und Vorbereitungen hinaus) bestimmte, wie auch immer geartete Maßnahmen, um den Auftragnehmer mit dem Ziel eines Vertragsabschlusses zu ermitteln oder bereits zu bestimmen (externe Umsetzung).

Eine bloße Absichtsbekundung (auch Markterkundung u. ä.) gegenüber einem Leistungserbringer ist noch keine externe Umsetzung.

- (11) Um der Problematik der vermehrten europaweiten Ausschreibungen von Planungsleistungen entgegenzutreten, sind Rahmenverträge bzw. Rahmenvereinbarungen (§103 Abs. 5 GWB) mit einzelnen oder mehreren Planungsbüros denkbar.

Anwendung in Baden-Württemberg

- (12) Die Regelungen sind ab sofort anzuwenden und bei allen Baumaßnahmen im Geschäftsbereich der Bundesstraßen in der Baulast des Bundes sowie im Geschäftsbereich der Landesstraßen in der Baulast des Landes einheitlich anzuwenden.

Den kommunalen Baulastträgern wird empfohlen, die Regelungen für die in ihrer Baulast befindlichen Straßen entsprechend diesem Schreiben anzuwenden. Die Regierungspräsidien werden gebeten, die Landratsämter und Stadtkreise als untere Verwaltungsbehörden zu informieren.

Schlussbestimmungen

- (13) Dieses Einführungsschreiben wird entsprechend der VwV Re-StB-BW vom 01.07.2008 in die Liste der Regelwerke der Straßenbauverwaltung Baden-Württemberg im Internet- und Intranetangebot der Abteilung 2 des VM im Sachgebiet 2 im Sachgebiet 2.0 Allgemeines und im Sachgebiet 16 Bauvertragsrecht im Sachgebiet 16.2 Vergabe- und Vertragsunterlagen und 16.4 Abwicklung von Verträgen eingestellt.

gez. Andreas Hollatz
Ministerialdirigent